

PROMOTIONSORDNUNG

der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften

der Universität Tübingen

vom 1. April 2009

Aufgrund von § 54 Abs. 2 Satz 3 des Universitätsgesetzes (UG) hat der Senat der Universität Tübingen am 14. November 2002 die nachfolgende Promotionsordnung beschlossen. Der Rektor hat seine Zustimmung am 4. Dezember 2002 erteilt.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Verleihung des akademischen Grades eines Doktors der Naturwissenschaften

- (1) Die Universität verleiht durch die Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.) in ordentlichem Verfahren gemäß Abschnitt II dieser Promotionsordnung.
- (2) Die Promotionsleistungen können in einem der Promotionsfächer Bioinformatik, Informatik, Kognitionswissenschaft oder Psychologie erbracht werden. Die Promotionsleistungen umfassen:
 - (a) eine wissenschaftliche Arbeit/Dissertation (gemäß § 7);
 - (b) eine mündliche Prüfung (gemäß § 10).
- (3) Die Universität Tübingen verleiht durch die Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften ferner den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber (Dr.rer.nat.h.c.) gemäß Abschnitt III dieser Promotionsordnung.

§ 2 Promotionsausschuss

- (1) Alle Entscheidungen, für die diese Promotionsordnung keine besonderen Regelungen enthält, werden vom Promotionsausschuss getroffen. Für Entscheidungen, die dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses übertragen sind, kann der Promotionsausschuss Vorgaben machen. Über Widersprüche entscheidet der Rektor/Präsident der Universität.
- (2) Dem Promotionsausschuss gehören an:
 1. die Professoren, Hochschul- und Privatdozenten der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften, die hauptberuflich an der Universität Tübingen tätig sind, mit Ausnahme der Gastprofessoren;
 2. die emeritierten und die im Ruhestand befindlichen Professoren und die hauptberuflich an der Universität Tübingen tätigen Honorarprofessoren der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften;
 3. die nach § 8 Abs. 1 bestellten weiteren Gutachter vom Zeitpunkt ihrer Bestellung an bis zum Abschluss des betreffenden Verfahrens ohne Stimmrecht.

Den Vorsitz des Promotionsausschusses hat der Dekan.

- (3) Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften als Professoren tätigen Mitglieder nach Abs. 2 Ziff. 1 anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst, soweit nichts anderes geregelt ist. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Abstimmungen erfolgen offen; Stimmenenthaltungen sind bei der Bewertung von Prüfungsleistungen nicht zulässig. Der Promotionsausschuss tagt nichtöffentlich.
- (4) Die Mitglieder des Promotionsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet; diese Pflicht schließt auch die Geheimhaltung der Beratungsunterlagen ein. Im übrigen gelten die Regelungen der Geschäftsordnung des Fakultätsrats der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften, soweit sich nicht aus den Bestimmungen dieser Promotionsordnung etwas anderes ergibt.

II. Ordentliche Promotion

§ 3 Voraussetzung für die Promotion

- (1) Voraussetzung für die Annahme als Doktorand¹ und für die Zulassung zum Promotionsverfahren ist ein erfolgreich abgeschlossenes Studium eines Studiengangs der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften oder eines anderen vergleichbaren Studienganges an einer deutschen Universität oder Technischen Hochschule mit einer Mindestregelstudienzeit von 8 Semestern.
- (2) Besonders qualifizierte Absolventen von Fachhochschulen und Berufsakademien werden als Doktoranden angenommen, wenn in einem Eignungsfeststellungsverfahren der Nachweis erbracht worden ist, dass die Qualifikation zu wissenschaftlicher Arbeit im Promotionsfach wie bei Universitätsabsolventen vorhanden ist. Voraussetzung für die Zulassung von Absolventen von Fachhochschulen und Berufsakademien zum Eignungsfeststellungsverfahren ist in der Regel, dass die Absolventen zu den besten 10% ihres Examensjahrgangs an der Fachhochschule oder Berufsakademie, bei der sie z. Zt. ihrer Abschlussprüfung immatrikuliert waren, gehören; diese Voraussetzung ist von den Absolventen durch eine Bescheinigung der Fachhochschule oder Berufsakademie nachzuweisen. Das Eignungsfeststellungsverfahren erstreckt sich in der Regel auf zwei, höchstens auf drei Semester. Über die in diesem Zeitraum zu erbringenden Leistungsnachweise auf der Grundlage von bis zu 20 Semesterwochenstunden entscheidet der Promotionsausschuss, ggf. auf Vorschlag des Betreuers; verlangt werden können bis zu vier Leistungsnachweise.
- (3) Über die Anerkennung anderer Studiengänge bzw. Studienabschlüsse entscheidet der Promotionsausschuss. Hinsichtlich der Gleichwertigkeit ausländischer Studienabschlüsse sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen als Entscheidungshilfe heranzuziehen. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

§ 4 Annahme als Doktorand

- (1) Wer die Zulassungsvoraussetzungen nach § 3 erfüllt und die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt, hat unter Angabe seines in Aussicht genommenen Themas bei der Fakultät die Annahme als Doktorand zu beantragen. Dem Antrag muss eine Kopie des Abschlusszeugnisses gemäß § 3 Abs. 1 beiliegen. Das Promotionsfach, der vorläufige

¹Im folgenden bedeutet "Doktorand" immer zugleich auch "Doktorandin"; entsprechendes gilt für die anderen Personenbezeichnungen.

Arbeitstitel der Dissertation und ggf. der für die Betreuung vorgesehene Professor, Hochschul- und Privatdozent sind anzugeben. Über den Antrag entscheidet der Dekan. Hat der Bewerber selbst keinen Betreuer gefunden, weist der Dekan ihm nach Möglichkeit einen Betreuer zu. Der betreffende Professor oder Hochschul- bzw. Privatdozent hat zuvor dem Dekan mitzuteilen, ob er in der Lage ist, die Arbeit zu betreuen.

- (2) Entschließt sich der Dekan nicht zur Annahme des Antrags, so entscheidet der Promotionsausschuss. Dieser kann die Annahme ablehnen, wenn die Voraussetzungen nach § 3 nicht gegeben sind, das in Aussicht genommene Thema für eine Dissertation offensichtlich ungeeignet ist oder kein hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften als Professor tätiges Mitglied des Promotionsausschusses in der Lage ist, die anzufertigende Dissertation zu betreuen oder zu begutachten. Die Ablehnung ist schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (3) Die Annahme als Doktorand ist durch Eintragung in die Doktorandenliste der Fakultät und auf Wunsch des Bewerbers durch Ausstellung eines Doktorandenausweises bzw. einer Bescheinigung zu bestätigen.
- (4) Scheidet ein Professor oder Hochschul- bzw. Privatdozent, der die Dissertation betreut hat, aus der Fakultät aus, und sieht er sich aus diesem Grund nicht mehr in der Lage, den Doktoranden bis zum Abschluss der Dissertation zu betreuen, so soll der Dekan auf Antrag des Doktoranden ihm nach Möglichkeit einen anderen Betreuer der Dissertation vermitteln.
- (5) Die Annahme als Doktorand kann widerrufen werden, wenn der Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren (gemäß § 5) nicht in angemessener Zeit, in der Regel innerhalb von 4 Jahren, gestellt wird.

§ 5 Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren

- (1) Der Bewerber soll vor Stellung des Antrags auf Zulassung zum Promotionsverfahren zwei Semester an der Universität Tübingen in einem der Studiengänge der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften immatrikuliert oder als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftlicher Assistent oder geprüfte Hilfskraft tätig gewesen sein. Auf Antrag entscheidet der Promotionsausschuss über die Befreiung von dieser Voraussetzung.
- (2) Der Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren ist schriftlich an den Dekan der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften zu richten. Der Antrag muss enthalten:
 1. den Titel der Dissertation;
 2. die Anschrift des Bewerbers;
 3. ggf. den Betreuer der Dissertation, evtl. auch Vorschläge zu den Gutachtern gemäß § 8 Abs. 1.
- (3) Dem Antrag sind beizufügen:
 1. ein etwaiger Bescheid über die Annahme als Doktorand;
 2. eine Darstellung des Lebens- und Bildungsganges in deutscher Sprache;
 3. Nachweis der Hochschulreife;
 4. Nachweis des erfolgreichen Abschlusses eines Studienganges nach § 3;
 5. die Dissertation in Maschinschrift oder gedruckt in drei vollständigen Exemplaren (geheftet);
 6. eine Erklärung über etwaige bisherige, abgebrochene oder abgeschlossene, Promotionsverfahren oder entsprechende Prüfungsverfahren, denen sich der Bewerber unterzogen hat;

7. eine Erklärung dazu, ob die vorgelegte Dissertation schon ganz oder teilweise veröffentlicht worden ist, und ob sie schon einmal ganz oder teilweise als Dissertation oder sonstige Prüfungsarbeit eingereicht worden ist, ggf. wann und wo, in welchem Fach und mit welchem Ergebnis;
 8. eine Erklärung, daß er die zur Promotion eingereichte Arbeit selbständig verfaßt, nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und übernommene Zitate als solche gekennzeichnet hat;
 9. eine Erklärung über strafrechtliche Verurteilungen, Disziplinarmaßnahmen und anhängige Straf- und Disziplinarverfahren, soweit die Auskunftspflicht nicht durch § 51 des Bundeszentralregistergesetzes ausgeschlossen ist;
 10. ein polizeiliches Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate ist.
- (4) Bis zur Entscheidung über die Dissertation nach § 9 kann das Promotionsgesuch durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Dekan ohne Angabe von Gründen mit der Folge zurückgenommen werden, daß es als nicht eingereicht gilt.

§ 6 Entscheidung über die Zulassung

- (1) Über die Zulassung entscheidet der Dekan in der Regel innerhalb von 3 Wochen nach Eingang des Antrags. Erachtet er die Zulassungsvoraussetzungen für nicht erfüllt, so entscheidet der Promotionsausschuss in seiner nächsten Sitzung.
- (2) Die Zulassung kann versagt werden, wenn kein hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften als Professor tätiges Mitglied in der Lage ist, die Dissertation zu begutachten. Die Zulassung ist zu versagen, wenn
 1. die in § 3 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind;
 2. die Unterlagen unvollständig sind und nach Aufforderung nicht fristgerecht ergänzt werden;
 3. beim Bewerber Voraussetzungen vorliegen, die die Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden;
 4. der Bewerber bereits einen Doktorgrad oder einen entsprechenden Grad im Promotionsfach erworben hat oder sich in einem Verfahren zur Erlangung eines solchen Grades befindet;
 5. die vorgelegte Dissertation in einem Promotionsverfahren oder einem entsprechenden Verfahren im Promotionsfach bereits als unzureichend abgelehnt worden ist oder
 6. ein Wiederholungsverfahren nach § 16 erfolglos beendet worden ist.
- (3) Die Zulassung ist in der Regel zu versagen, wenn schon mehr als ein Promotionsverfahren im Promotionsfach oder in einem entsprechenden Fach oder Fachgebiet erfolglos beendet worden ist.
- (4) Ist im Geltungsbereich des Grundgesetzes schon ein Promotionsverfahren im Promotionsfach oder in einem entsprechendem Fach oder Fachgebiet erfolglos beendet worden, gilt die Zulassung als Zulassung zur Wiederholung des Verfahrens nach § 16. Der Promotionsausschuss kann beschließen, dass dies im Fall eines außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erfolglos beendeten, vergleichbaren Verfahrens entsprechend gilt.
- (5) Die Entscheidung über den Antrag auf Zulassung wird dem Bewerber unverzüglich – bei Ablehnung unter Angabe der Gründe und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung – schriftlich mitgeteilt.

§ 7 Dissertation

- (1) Die Dissertation soll die Fähigkeit des Bewerbers zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit beweisen. Der Bewerber muss in der Dissertation eigene Forschungsergebnisse, die neue wissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln, in angemessener Form darlegen. Neu in diesem Sinne sind Erkenntnisse auch dann, wenn bereits andere Wissenschaftler zu gleichen Erkenntnissen gelangt sind, ihre zugrunde liegenden Forschungsergebnisse jedoch anderer Art sind als die des Bewerbers oder dem Bewerber nicht oder erst in einem sehr späten Stadium seiner Arbeit zugänglich geworden sind.
- (2) Die Dissertation soll in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein; über Ausnahmen entscheidet der Promotionsausschuss. Ist die Dissertation nicht in deutscher Sprache abgefasst, so ist eine Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen.

§ 8 Begutachtung der Dissertation

- (1) Ist der Bewerber zum Promotionsverfahren zugelassen, so bestellt der Dekan unter Berücksichtigung des Vorschlags des Bewerbers unverzüglich einen Hauptgutachter und einen weiteren Gutachter. Hauptgutachter ist in der Regel der gemäß § 4 Abs. 1 bestellte Betreuer. Will der Dekan dem Vorschlag des Bewerbers nicht folgen, entscheidet der Promotionsausschuss.
- (2) Gutachter sind in der Regel Professoren, Hochschul- oder Privatdozenten. Es können auch entsprechend qualifizierte Mitglieder ausländischer wissenschaftlicher Institutionen als Gutachter bestellt werden. Einer der Gutachter soll hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften als Professor tätig sein.
- (3) Die bestellten Gutachter legen binnen zwei Monaten, spätestens jedoch drei Monate nach ihrer Bestellung, ein schriftliches Gutachten vor. Bei einem Überschreiten der Frist kann der Dekan, unbeschadet sonstiger Maßnahmen, einen neuen Gutachter bestellen.
- (4) Die Gutachter schlagen die Annahme oder die Ablehnung der Dissertation oder ihre Rückgabe zur Umarbeitung (Abs. 6) vor.
- (5) Im Falle der Annahme wird eine der folgenden Noten vorgeschlagen:

summa cum laude (ausgezeichnet)	=	0
magna cum laude (sehr gut)	=	1
cum laude (gut)	=	2
rite (genügend)	=	3

Zwischennoten sind nicht zulässig.

- (6) Auf Vorschlag eines Gutachters und mit Zustimmung des Bewerbers kann der Dekan die Dissertation zur einmaligen Umarbeitung innerhalb einer nach Anhörung des Bewerbers festzusetzenden Frist zurückgeben. Wird die Dissertation wieder vorgelegt, ist sie in der nunmehr vorliegenden Fassung Gegenstand des erneuten Verfahrens. Die erfolgte Bestellung der Gutachter bleibt aufrechterhalten, wenn keine andere Entscheidung getroffen wird. Hält der Bewerber die Frist nicht ein, wird das Verfahren mit der Dissertation in der eingereichten Fassung fortgesetzt, es sei denn, er hat die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten.

§ 9 Bewertung der Dissertation

- (1) Nach Eingang der Gutachten lässt der Dekan den Mitgliedern des Promotionsausschusses eine Mitteilung hierüber mit der Bemerkung zugehen, dass die Dissertation und die Gutachten vierzehn Tage während der Vorlesungszeit oder vier Wochen in der vorlesungsfreien Zeit zur Einsichtnahme im Dekanat ausliegen. Die Mitglieder des Promotionsausschusses haben innerhalb der Auslagefrist das Recht, beim Dekan einen schriftlich begründeten Einspruch gegen den Vorschlag der Annahme, der Ablehnung oder der Benotung zu erheben oder eine Aussprache zu verlangen. Wenn kein Mitglied eine solche Aussprache verlangt, kein Einspruch vorliegt und alle Gutachter die Annahme der Dissertation vorschlagen, gilt die Dissertation mit der von den Gutachtern vorgeschlagenen Benotung gemäß Abs. 3 als angenommen.
- (2) Schlägt mindestens ein Gutachter die Ablehnung der Dissertation vor, wird Einspruch eingelegt oder eine Aussprache verlangt, entscheidet der Promotionsausschuss über Annahme oder Ablehnung der Dissertation, eventuell unter Hinzuziehung weiterer Gutachter. Ist die Dissertation angenommen, so entscheidet der Promotionsausschuss auf der Grundlage der Gutachten und eventueller Einsprüche über die Note. Für die Bewertung gelten die in § 8 Abs. 5 genannten Noten, falls für die Annahme der Dissertation votiert wird, und 4 (= nicht genügend), falls für die Ablehnung votiert wird.
- (3) Die Note der Dissertation ergibt sich im Falle von Abs. 1 als arithmetisches Mittel der Notenvorschläge der Gutachter (gemäß § 8 Abs. 5) oder im Fall von Abs. 2 aus den von den Mitgliedern des Promotionsausschusses gegebenen Noten auf folgende Weise:

ein arithmetisches Mittel bis 0,34 ergibt	summa cum laude (ausgezeichnet),
ein arithmetisches Mittel über 0,34 bis 1,5 ergibt	magna cum laude (sehr gut),
ein arithmetisches Mittel über 1,5 bis 2,5 ergibt	cum laude (gut),
ein arithmetisches Mittel über 2,5 bis 3,5 ergibt	rite (genügend),
ein arithmetisches Mittel über 3,5 ergibt	nicht genügend.

Dabei wird nicht gerundet und keine Stelle gestrichen.

- (4) Ergibt sich die Note „nicht genügend“, so ist die Arbeit abgelehnt und das Promotionsverfahren damit erfolglos beendet. Ein Exemplar der Dissertation verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät.
- (5) Ist die Dissertation angenommen, so ist der Bewerber zur mündlichen Prüfung zugelassen.
- (6) Nach der Beschlussfassung über die Dissertation ist der Bewerber unverzüglich über ihre Annahme oder Ablehnung schriftlich zu unterrichten. Eine Ablehnung muss begründet und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen werden.

§ 10 Mündliche Prüfung

- (1) Falls der Bewerber ein Diplom-/Masterzeugnis einer Universität im betreffenden Promotionsfach vorweisen kann, hat er das Recht, für die mündliche Prüfung zwischen zwei Prüfungsformen zu wählen:
 - (a) dem wissenschaftlichen Kolloquium (gemäß § 11);
 - (b) dem Rigorosum (gemäß § 12).

Dieses Wahlrecht wird in den Ausführungsbestimmungen auch Bewerbern mit den dort aufgelisteten Abschlüssen eingeräumt. Alle anderen Bewerber müssen sich dem Rigorosum unterziehen.

- (2) Für die mündliche Prüfung bestellt der Dekan im Benehmen mit dem Bewerber eine Prüfungskommission, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des Promotionsausschusses für das Rigoroseum, einem Vorsitzenden und drei Mitgliedern für das wissenschaftliche Kolloquium. Der Vorsitzende muß hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften der Universität Tübingen als Professor tätig sein. Der Hauptgutachter der Arbeit soll zum Mitglied der Prüfungskommission bestellt werden. Über den Verlauf der mündlichen Prüfung und die Festsetzung der Note ist ein Protokoll anzufertigen.
- (3) Erhebt der Bewerber innerhalb von 8 Tagen Einspruch gegen die Bestellung der Prüfungskommission, so entscheidet der Promotionsausschuss.
- (4) Der Dekan bestimmt den Termin für die mündliche Prüfung. Die Prüfung darf ohne Einwilligung des Bewerbers nicht früher als vier Wochen nach der Entscheidung über die Annahme der Dissertation stattfinden und muß innerhalb eines halben Jahres nach diesem Zeitpunkt durchgeführt werden. In besonders gelagerten Fällen kann der Dekan die Frist verlängern. Ein Kolloquium kann nur während der Vorlesungszeit angesetzt werden.
- (5) Erscheint der Bewerber nicht zum festgesetzten Termin, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Bei unverschuldetem Versäumnis wird durch den Dekan ein neuer Termin bestimmt.

§ 11 Wissenschaftliches Kolloquium

- (1) Das wissenschaftliche Kolloquium besteht aus einem Vortrag des Bewerbers, mit dem er seine Fähigkeit nachweisen soll, die wesentlichen Ziele, Methoden und Ergebnisse seiner Dissertation verständlich darzulegen, und aus einer anschließenden Diskussion über angrenzende Fragen aus dem jeweiligen Promotionsfach mit den Mitgliedern der Prüfungskommission.
- (2) Alle Mitglieder der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften, einschließlich der Studierenden, können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörer an dem Vortrag teilnehmen. Aus wichtigen Gründen oder auf Antrag des Bewerbers sind die Studierenden auszuschließen. Alle Mitglieder des Promotionsausschusses sind berechtigt, als Zuhörer an der Diskussion, an der Beratung und der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses teilzunehmen.
- (3) Der Vortrag soll ca. 30 Minuten dauern; das wissenschaftliche Kolloquium insgesamt ca. 1 Stunde.

§ 12 Rigoroseum

- (1) Das Rigoroseum dauert eine Stunde und erstreckt sich auf die Teilgebiete des Promotionsfachs; diese werden im Benehmen mit dem Bewerber aus der in den Ausführungsbestimmungen enthaltenen Liste an möglichen Prüfungsgebieten vom Dekan festgelegt.
- (2) Doktoranden des gleichen Promotionsfaches können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörer am Rigoroseum teilnehmen. Die Teilnahme erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses. Aus wichtigen Gründen oder auf Antrag des Bewerbers ist die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Mitglieder des Promotionsausschusses sind berechtigt, als Zuhörer am Rigoroseum, der Beratung und der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses teilzunehmen.

§ 13 Bewertung der mündlichen Prüfung

- (1) Jedes Mitglied der Prüfungskommission gibt nach erfolgter Beratung eine der in § 8 Abs. 5 aufgeführten Noten oder die Note „nicht genügend“ (=4). Aus den abgegebenen Noten wird das arithmetische Mittel gebildet und die Endnote entsprechend § 9 Abs. 3 ermittelt.
- (2) Im Anschluß an die erfolgte Bewertung wird diese Note dem Bewerber mitgeteilt.

§ 14 Wiederholung der mündlichen Prüfung

- (1) Wird die mündliche Prüfung nicht bestanden, so kann sich der Bewerber innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt des ersten Versuchs an, noch einmal zur mündlichen Prüfung anmelden.
- (2) Werden die mündlichen Leistungen erneut als unzureichend beurteilt, so ist die gesamte Doktorprüfung nicht bestanden. Im Falle des Nichterscheinens gilt § 10 Abs. 5 entsprechend. Der Dekan erteilt dem Bewerber einen begründeten, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

§ 15 Gesamtnote der Promotion

- (1) Nach bestandener mündlicher Prüfung stellt der Dekan die Gesamtnote der Promotion fest. Diese ergibt sich aus dem Durchschnitt der Note der mündlichen Prüfung und der Note der Dissertation, die doppelt gewichtet wird, wobei jeweils die ersten beiden Stellen hinter dem Komma in die Errechnung des Mittels eingehen und die weiteren Stellen ohne Rundung gestrichen werden. Die Gesamtnote der Promotion wird dann entsprechend § 9 Abs. 3 ermittelt.
- (2) Das Gesamtergebnis nach Abs. 1 wird dem Bewerber vom Dekan oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission bekanntgegeben.
- (3) Der Bewerber erhält auf Wunsch eine Bescheinigung darüber, mit welcher Gesamtnote das Prüfungsverfahren erfolgreich abgeschlossen wurde. In der Bescheinigung ist zu vermerken, dass sie nicht das Recht verleiht, den Doktorgrad zu führen.

§ 16 Wiederholung des Promotionsverfahrens

Ist das Promotionsverfahren eines Bewerbers erfolglos beendet, so wird dieser auf Antrag noch einmal zu einem Promotionsverfahren zugelassen. Dabei ist eine neue Dissertation einzureichen.

§ 17 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Der Bewerber ist verpflichtet, seine Dissertation innerhalb von zwei Jahren, vom Tag der mündlichen Prüfung an gerechnet, zu veröffentlichen. Auf begründeten Antrag kann der Vorsitzende die Frist verlängern.
- (2) Vor Beginn der Drucklegung hat der Promovend dem Vorsitzenden eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob und gegebenenfalls inwieweit die Druckfassung von der mit dem Zulassungsantrag eingereichten Fassung abweicht. Weichen die beiden Fassungen voneinander ab, so muss der Hauptgutachter, bei dessen Verhinderung ein anderer Gutachter oder der Dekan, die Änderungen genehmigen; die Änderungen sind zu

genehmigen, wenn die Abweichungen nicht wesentlich sind. Der Promovend kann bei ablehnenden Entscheidungen den Promotionsausschuss anrufen.

- (3) Ein Teildruck der Dissertation kann nur in besonderen Fällen gestattet werden. Die Entscheidung hierüber fällt der Promotionsausschuss.
- (4) Das Titelblatt der Dissertation ist nach dem vom Promotionsausschuss bestimmten Muster zu gestalten. Am Ende der Dissertation kann der Verfasser den mit dem Zulassungsantrag eingereichten Lebens- und Bildungsgang abdrucken. Erscheint die Dissertation als selbständiger Buchdruck in einem gewerblichen Verlag, in einer Zeitschrift oder in elektronischer Form, so müssen die Pflichtexemplare nach Abs. 5 das Titelblatt als Einlegeblatt enthalten. Vor der Veröffentlichung sind das Titelblatt, gegebenenfalls auch Vorwort, Widmung und Lebens- und Bildungsgang dem Vorsitzenden zur Genehmigung vorzulegen.
- (5) Für die abzuliefernden Pflichtexemplare gilt folgende Regelung:
 1. In der Regel beträgt die Anzahl der Pflichtexemplare 40.
 2. Wenn die Veröffentlichung in einer Zeitschrift erfolgt oder wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird, so sind nur 4 Pflichtexemplare abzuliefern.
 3. Die Pflicht zur Veröffentlichung und Verbreitung der Dissertation kann auch durch die Ablieferung einer elektronischen Version, deren Datenformat und deren Datenträger den Vorgaben der Universitätsbibliothek der Universität Tübingen entsprechen, erfüllt werden. In diesem Fall sind zusätzlich 6 Pflichtexemplare abzuliefern. Der Promovend hat zu versichern, dass die elektronische Version den gedruckten Exemplaren entspricht.

Im Fall von Ziff. 1 müssen mindestens 6 Exemplare, im Fall von Ziff. 2 und 3 müssen die 4 bzw. 6 Exemplare auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein.

In den Fällen der Ziffern 1 und 3 räumt der Promovend der Universität Tübingen das nicht ausschließliche Recht ein, im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben der Universitätsbibliothek weitere Kopien von seiner Dissertation herzustellen und zu verbreiten. Im Fall der Ziff. 3 räumt er außerdem das nicht ausschließliche Recht ein, die Dissertation in Datennetzen zur Verfügung zu stellen; vorher ist der Promovend schriftlich darüber zu belehren, dass die Einräumung dieses Rechts eine spätere anderweitige Publikation der Dissertation verhindern oder erschweren kann.

- (6) Entzieht sich der Promovend der Veröffentlichungspflicht oder liefert er die festgesetzte Zahl von Pflichtexemplaren vor Ablauf der festgesetzten Frist nicht ab, so kann der Promotionsausschuss den Verlust aller Rechte, die der Promovend durch die Prüfung erworben hat, aussprechen.

§ 18 Vollzug der Promotion

- (1) Hat der Bewerber die Pflichtexemplare seiner veröffentlichten Dissertation abgegeben, so stellt der Dekan die Promotionsurkunde aus. Sie enthält den Titel und die Note der Dissertation und die Gesamtnote der Promotion sowie das Datum der mündlichen Prüfung. Sie wird datiert auf den Tag der Abgabe der Pflichtexemplare und vom Rektor oder Präsidenten der Universität und vom Dekan der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften unterschrieben.
- (2) Der Promotionsausschuss kann die Aushändigung der Urkunde vor Ablieferung der Pflichtexemplare beschließen, wenn der Bewerber nachweist, dass seine Dissertation in

einer Zeitschrift bzw. als Buch in einer wissenschaftlichen Reihe zur Veröffentlichung angenommen ist und sich das Erscheinen aus Gründen verzögert, die er nicht zu vertreten hat. Die Urkunde wird in diesem Fall auf den Tag dieses Beschlusses datiert.

- (3) Mit der Aushändigung der Urkunde ist die Promotion vollzogen und damit vom Promovierten das Recht zum Führen des Doktorgrades erworben.

§ 19 Ausstellung eines Zeugnisses ohne Promotion

Wurde mit der vorgelegten Dissertation oder mit Teilen von ihr bereits ein Doktorgrad oder ein mindestens gleichwertiger akademischer Grad im In- oder Ausland erworben, so wird abweichend von § 18 kein Doktorgrad verliehen, sondern nur ein Zeugnis ausgestellt, in dem der Titel und die Note der Dissertation und die entsprechend § 15 Abs. 1 festgesetzte Gesamtnote enthalten sind. Im Übrigen gilt § 18 Abs. 1 entsprechend.

III. Ehrenpromotion

§ 20 Verleihung des Grades eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber

- (1) Die Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften der Universität Tübingen kann für besondere wissenschaftliche Verdienste den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber (Dr.rer.nat.h.c.) verleihen.
- (2) Die Verleihung des Grades eines Doktors ehrenhalber kann nur einstimmig beschlossen werden.
- (3) Die Ehrenpromotion erfolgt durch Überreichung der Urkunde, in welcher die wissenschaftlichen Leistungen des Promovierten hervorzuheben sind.
- (1) Die Urkunde wird vom Rektor oder Präsidenten der Universität und vom Dekan der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften unterschrieben.

IV. Schlussbestimmungen

§ 21 Versagung und Entziehung des Doktorgrads

- (1) Ergibt sich vor Aushändigung der Promotionsurkunde, dass der Bewerber bei den Promotionsleistungen getäuscht hat oder dass wesentliche Voraussetzungen für die Promotion irrigerweise als gegeben angenommen worden sind, so können die Promotion oder einzelne Promotionsleistungen für ungültig erklärt werden.
- (2) Der Doktorgrad kann nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen entzogen werden.

§ 22 Einsicht in die Promotionsakten

- (1) Der Bewerber hat das Recht, innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Promotionsverfahrens die Akten einzusehen.

- (2) Die Einsicht wird auf schriftlichen Antrag gewährt. Der Antrag ist an den Dekan zu richten. Ort und Zeit der Einsichtnahme werden vom Dekan bestimmt; sie findet unter Aufsicht statt.

§ 23 Inkrafttreten und Übergangsregelungen

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am 1.10.2002 in Kraft. Gleichzeitig treten die Promotionsordnung für die Fakultät für Informatik vom 26. April 1993 (W.u.F. 1993, S. 150), zuletzt geändert am 20. Dezember 2000 (A.B.d.U.T. 2001, S. 11), und für das Fach Psychologie die Promotionsordnung für die Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften vom 9. Juli 1987 (W.u.K. 1987, S. 344), zuletzt geändert am 20. Dezember 2000 (A.B.d.U.T. 2001, S. 11), außer Kraft.
- (2) Im Fach Informatik werden Promotionsverfahren, wenn der Antrag auf Zulassung vor dem 1.10.2002 gestellt wurde, in der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften in sinngemäßer Anwendung der Promotionsordnung vom 26. April 1993 fortgeführt. Wird der Antrag auf Zulassung zwischen dem 1.10.2002 und dem 1.10.2003 gestellt, wird die Promotionsordnung vom 26. April 1993 auf Antrag des Bewerbers angewandt.
- (3) Im Fach Psychologie werden Promotionsverfahren, wenn der Antrag auf Zulassung vor dem 1.10.2002 gestellt wurde, in der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften in Anwendung der Promotionsordnung vom 9. Juli 1987 fortgeführt. Hierbei behalten die am 1.10.2002 aus dieser Fakultät in die Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften gewechselten Mitglieder ihre Mitwirkungsrechte und -pflichten. Wird der Antrag auf Zulassung zwischen dem 1.10.2002 und dem 1.10.2003 gestellt, wird auf Antrag des Bewerbers entsprechend Satz 1 und 2 verfahren.

- Ausführungsbestimmungen

Zu § 10 Abs. 1 PromO:

Promotionsfach Bioinformatik

Das Wahlrecht bezüglich der mündlichen Prüfung gemäß § 10 Abs. 1 PromO wird auch Bewerbern mit Abschlüssen in Biomathematik, Informatik, Bioinformatik/Computational Biology, Medizininformatik, Neuroinformatik, Genominformatik, Biologie, Neurobiologie, Chemie, Biochemie, Biotechnologie, Bioingenieurwesen eingeräumt.

Promotionsfach Informatik

Das Wahlrecht bezüglich der mündlichen Prüfung gemäß § 10 Abs. 1 PromO wird auch Bewerbern mit Abschlüssen in Bioinformatik, Medieninformatik, Elektrotechnik, Informationstechnik, Softwaretechnik eingeräumt.

Promotionsfach Kognitionswissenschaft

Das Wahlrecht bezüglich der mündlichen Prüfung gemäß § 10 Abs. 1 PromO wird auch Bewerbern mit einem Abschluss in Psychologie, Mathematik, Informatik, Biologie, Linguistik, Philosophie eingeräumt, wenn im Studiengang ein Schwerpunkt hinsichtlich kognitionswissenschaftlicher Inhalte, die denen des Tübinger Bachelor/Masterstudiengangs Kognitionswissenschaft vergleichbar sind, erkennbar ist.

Promotionsfach Psychologie

Das Wahlrecht bezüglich der mündlichen Prüfung gemäß § 10 Abs. 1 PromO wird auch Bewerbern mit dem Abschluss „Lizenziat“ (Schweiz) eingeräumt.

Zu § 12 Abs. 1 PromO:

Mögliche Prüfungs-/Teilgebiete des Promotionsfachs Bioinformatik im Rigorosum

Bioinformatik, Praktische (oder Technische oder Theoretische) Informatik, Lebenswissenschaften.

Mögliche Prüfungs-/Teilgebiete des Promotionsfachs Informatik im Rigorosum

Praktische Informatik, Technische Informatik, Theoretische Informatik.

Mögliche Prüfungs-/Teilgebiete des Promotionsfachs Kognitionswissenschaft im Rigorosum

Psychologie, Mathematik, Informatik, Biologie, Linguistik, Philosophie.

Mögliche Prüfungs-/Teilgebiete des Promotionsfachs Psychologie im Rigorosum

Allgemeine Psychologie, Biologische Psychologie, Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie, Persönlichkeitspsychologie, Psychologische Diagnostik, Neuropsychologie, Evaluations- und Forschungsmethoden, Wissens-, Kommunikations- und Medienpsychologie, Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie, Klinische Psychologie.

Tübingen, den 1. April 2009

Professor Dr. Bernd Engler
(Rektor)